Lfd. Nr.	Behörde, sonst. TÖB	Datum (Eingang)	Inhalt der Stellungnahme	Beschlussvorschlag
1	Südbrandenburgischer Abfallzweckverband	10.09.09 (14.09.09)	Seitens des Südbrandenburgischen Abfallzweckverbandes (SBAZV) bestehen keine Bedenken gegen den o.g. Bebauungsplan, in der Fassung vom Juli 2009. Für Rückfragen stehe ich Ihnen der vorstehend angegebenen Rufnummer gerne zur Verfügung.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie hat keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan.
2	Landesumweltamt, Regionalabteilung Süd	09.09.09	<p>Mit o.g. Bauleitplanverfahren beabsichtigt die Stadt Luckenwalde, die Erweiterung einer im Außenbereich privilegierten Tierzuchtanlage (Lämmermast) durch einen Schlachtbetrieb für Lämmer planungsrechtlich zu sichern. Vorgesehen sind die Umnutzung und der Ausbau eines ehemaligen Bergeraumes. Der Geltungsbereich des BP befindet sich im südöstlichen Teil eines landwirtschaftlichen Betriebsgeländes südlich des Ortsteiles Frankenfelde.</p> <p>Die zum o.g. Vorhaben übergebenen Unterlagen wurden zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis der Prüfung wird nachfolgend die gebündelte Stellungnahme der Fachbereiche Immissionsschutz, Naturschutz und Wasserwirtschaft des Landesumweltamtes übergeben.</p> <p><u>1 Immissionsschutz</u></p> <p>Bei der vorliegenden Planung handelt es sich nicht um eine Angebotsplanung der Stadt Luckenwalde sondern um die Schaffung von Planungsrecht für ein konkret geplantes Vorhaben. Zur Prüfung der immissionsschutzfachlichen Belange und der Zulässigkeit dieses Vorhabens sind eine schalltechnische Untersuchung sowie eine Einschätzung der Geruchsimmissionen bereits im Planverfahren vorzunehmen. Aus meiner fachlichen Sicht ist eine Verlagerung dieser Untersuchungen auf das nachfolgende Genehmigungsverfahren nicht möglich, da die Umsetzbarkeit des planerischen Konzeptes ohne diese Unterlagen nicht eingeschätzt werden kann.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Der Antragsteller betreibt am Standort einer ehemaligen Rinderanlage bereits eine nicht nach Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigungsbedürftige Lämmermastanlage, die als Vorbelastung zu berücksichtigen ist. Der immissionsschutzrechtliche Bestandsschutz der Rinderanlage war nach 3-jährigem Leerstand erloschen.</p> <p>Nach Auskunft des Landkreises Teltow-Fläming beträgt der durchschnittliche derzeitige Bestand 8.000 Mastlämmer. Eine immissionsschutzfachliche Einschätzung und Bewertung der geänderten Anlagennutzung ist mir nicht bekannt. An einem Genehmigungsverfahren zur Umnutzung dieser Rinderanlage in eine Mastanlage für Lämmer war das Landesumweltamt nicht beteiligt.</p>	

Lfd. Nr.	Behörde, sonst. TÖB	Datum (Eingang)	Inhalt der Stellungnahme	Beschlussvorschlag
			<p>Mit dem vorliegenden Bebauungsplan soll Baurecht für eine weitere emissionsintensive Anlage an diesem Standort geschaffen werden. Der nach Abstandsleitlinie des Landes Brandenburg für nach Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) genehmigungsbedürftige Anlagen zum Schlachten sonstiger Tiere empfohlene Abstand von 500 m zur Wohnbebauung ist insbesondere deren betriebsbedingten Geruchs- und Schallimmissionen geschuldet.</p> <p>Für den vorliegenden Bebauungsplan kann dieser Abstand nicht gewährleistet werden. Zwar wird in den Unterlagen erklärt, dass es sich bei dem Vorhaben nicht um eine nach BImSchG sondern um eine baurechtlich zu genehmigende Anlage handelt, eine Einschätzung der geplanten Kapazitäten und Betriebsabläufe sowie der Umweltauswirkungen kann jedoch aufgrund der fehlenden Betriebsbeschreibung nicht vorgenommen werden.</p> <p>Unter Berücksichtigung der bisher nicht bewerteten Vorbelastung durch den Betrieb der Lämmermastanlage kann aus meiner fachlichen Sicht nicht eingeschätzt werden, ob bereits dadurch die Immissionsrichtwerte für Geruch und Lärm an den nächstgelegenen Wohngrundstücken des Ortsteiles Frankenfelde erreicht bzw. überschritten werden. Somit ist auch aufgrund der fehlenden detaillierten Angaben und Untersuchungen zur geplanten Schlachthanlage gegenwärtig keine Beurteilung der Umwelteinwirkungen des Vorhabens sowie der Gesamtbelastung möglich.</p> <p>Zur Gewährleistung einer hinreichenden Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB sind eine schalltechnische Untersuchung sowie eine Beurteilung der Geruchsimmissionen des Vorhabens, unter Berücksichtigung der Vorbelastung durch die bereits betriebene Mastanlage, vorzunehmen.</p> <p>Dazu sind auch die Planungsunterlagen mindestens um die nachfolgende Angaben zu ergänzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> o verbale Beschreibung des Betriebes beider Anlagen (z. B. Art der Haltung, Fütte- 	<p>Die Einschätzung kann nicht nachvollzogen werden. Die dem Planverfahren zugrunde liegende Vorhabenbeschreibung geht davon aus, dass keine wesentlichen anlagenbedingten Emissionen entstehen. Dies ist eine Prämisse für die planerischen Überlegungen. Es besteht keine Absicht, davon abzuweichen. Es ist nicht Ziel oder Inhalt des Bebauungsplanes, Nutzungen zu erlauben die eine zusätzliche Immissionsbelastung verursachen.</p> <p>Die Brandenburger Abstandsleitlinie ist für das geplante Vorhaben nicht einschlägig. Zum einen benennt die Leitlinie nur Orientierungswerte. Zum anderen, und das ist hier wesentlicher, gelten die angegebenen Orientierungswerte nur für Schlachthanlagen die im Sinne des BImSchG genehmigungspflichtig sind. Das sind grundsätzlich Anlagen mit einer Kapazität ab 4 t/Lebendgewicht/Tag. Die Kapazität des geplanten Vorhabens ist laut Vorhabenbeschreibung geringer.</p> <p>Die Lämmermastanlage ist nicht Gegenstand des Bauleitplanverfahrens. Da die Anlage der zuständigen Behörde bekannt ist, dies ist der Stellungnahme des Landesumweltamtes zu entnehmen, kann die Stadt Luckenwalde davon ausgehen, dass der Betrieb genehmigt ist und die mit den Genehmigungen verbundenen Auflagen eingehalten werden, da anderenfalls die zuständigen Behörden den Betrieb unterbinden würden. Unabhängig davon ist laut Vorhabenbeschreibung des Vorhabenträgers eine zusätzliche Belastung des Umfeldes der Anlage durch die Schlachtung in irgendeiner Art und Weise (z.B. Geruch, Lärm etc.) ausgeschlossen, weil die Anlage nach den</p>

Lfd. Nr.	Behörde, sonst. TÖB	Datum (Eingang)	Inhalt der Stellungnahme	Beschlussvorschlag
			<p> <ul style="list-style-type: none"> o rung in den Ställen, technologische Betriebsabläufe, Kadaverlagerung, Emissionsquellen) o Betriebszeiten der Anlagen in Tage/Jahr (dabei u.a. Berücksichtigung Stall-/Weidehaltung) o Art und Uhrzeit der wichtigsten lärm- und geruchsintensiven Arbeitsschritte (z.B. Füttern, Futterumschlag, Transporte, Entmistung, Entladung) o Lage und Kennzeichnung der Emissionsquellen im Lageplan (Jauchelager, Dunglagerplatten, Auslauflächen, Bluttank, Lager der Schlachtabfälle/Schlachtnebenprodukte, Abgasöffnungen aus Produktionsanlagen und Abfalllagern, Lüftungstechnische Anlagen) o Auflistung der in der Anlage eingesetzten Maschinen, Geräte und technischen Einrichtungen einschl. deren techn. Beschreibung (z.B. Mischfuttersilos, Fahrzeuge, Pumpaggregate) o maximale Tierplatzkapazität jedes Stalles und tatsächliche Belegung der Ställe, sowie maximale Verarbeitungskapazität der Schlachtanlage/Tag (Angaben über die einzelnen Tierleistungsgruppen, deren Lebendgewichte und Alter bzw. Haltungsdauer) o Kapazitäten der im Betrieb befindlichen Lagereinrichtungen (z.B. Mischfuttersilos, Jauchelager, Dunglagerplatten, Bluttank, Schlachtabfälle/Schlachtnebenprodukte - max. Kapazitäten, durchschnittliche Lagerzeiten) o Art und Menge der anfallenden Abfälle (z.B. Mist, Jauche, Kadaver, usw.) und deren Entsorgung <p><u>2 Naturschutz</u></p> <p>Als Träger öffentlicher Belange, nehme ich entsprechend der Zuständigkeit von LUA / RS 7 hinsichtlich des besonderen Artenschutzes nach § 42 des Bundesnaturschutzgesetzes (Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege, Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 25. März 2002 (BGBl. I S. 1193), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986) und der Schutzausweisungen nach den §§ 21 (NSG), 22 (LSG) und 26a (Natura 2000) des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes (BbgNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Mai 2004 (GVBl. I/04, Nr. 16, S. 350), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 29. Oktober 2008 (GVBl. I, Nr. 15 vom 05. November 2008, S. 271) und im Verfahren befindlicher sowie geplanter NSG und LSG, für die das MLUV zuständig ist, wie folgt Stellung.</p> <p>Aus den zur Verfügung gestellten Unterlagen ist nicht ersichtlich, ob nach § 42 BNatSchG geschützte Tier- und Pflanzenarten sowie deren Fortpflanzungs- oder Ruhestätten bzw.</p> </p>	<p> neuesten EU-Normen und Richtlinien gebaut und dann zertifiziert wird. Planungsrechtlich wird eine zusätzliche Belastung durch die Festsetzung zur Art der baulichen Nutzung verhindert. Im Vorentwurf waren in Anlehnung an den § 8 BauNVO (Gewerbegebiet) noch nicht erheblich belästigende Betriebe im Sondergebiet zulässig. Im Entwurf wird diese Festsetzung so geändert, dass sie sich am § 6 BauNVO orientiert und nur noch Betriebe zulässig sind, die das Wohnen nicht wesentlich stören. Damit wird gewährleistet, dass nur mischgebietstypische, also wohnverträgliche Betriebe zulässig sind. Somit wird dem Planungsgrundsatz des Verschlechterungsverbot, nach dem die Bauleitplanung nicht zur einer Verschlechterung der Bestandssituation führen soll, eingehalten. </p> <p>Der Bebauungsplan (Textliche Festsetzung Nr. 1.1) wird entsprechend geändert.</p> <p>Die Begründung zum Bebauungsplanvorentwurf enthält auf S. 13 folgende Aussagen zum Thema: „Aufgrund der gegebenen Strukturen (Ruderalflächen, Bergeraum und Betonumfahrung) ist nicht zu erwarten, dass nach § 42 BNatSchG geschützte Tier- und Pflanzenarten sowie deren Fortpflanzungs- oder Ruhestätten bzw. Standorte im Planungsgebiet vorkommen und beeinträchtigt werden können. Aufgrund der vorliegenden Daten und der Untersuchungen vor Ort wird eingeschätzt, dass Tiere und Pflanzen der Arten, für die ein Schutz nach BNatSchG (hierzu zählen alle in Brandenburg vorkommende europäischen Vo-</p>

Lfd. Nr.	Behörde, sonst. TÖB	Datum (Eingang)	Inhalt der Stellungnahme	Beschlussvorschlag
			<p>Standorte im Planungsgebiet vorkommen und beeinträchtigt werden können. Es wird daher vorsorglich darauf hingewiesen, dass artenschutzrechtliche Bestimmungen von der vorliegenden Planung berührt werden können und diese Vorschriften bereits auf der Ebene des B-Planes zu berücksichtigen sind.</p> <p>Unabhängig davon ist es gemäß § 34 BbgNatSchG grundsätzlich verboten, Bäume, Gebüsch und Ufervegetation außerhalb des Waldes in der Zeit vom 15. März bis 15. September abzuschneiden, zu fällen, zu roden bzw. auf andere Weise zu beseitigen. Ausnahmegenehmigungen sind bei der zuständigen unteren Naturschutzbehörde zu beantragen.</p> <p>Hinsichtlich der weiteren, nicht durch das LUA wahrzunehmenden Naturschutzbelange, insbesondere zur Bewältigung der Bestimmungen des Biotopschutzes gemäß § 32 BbgNatSchG, der Eingriffsregelung und zur Festlegung der grünordnerischen Festsetzungen zur Kompensation der Eingriffsfolgen gemäß § 12 ff BbgNatSchG wird auf die Zuständigkeit der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Teltow-Fläming verwiesen.</p> <p><u>3</u> Wasserwirtschaft Die Belange des Referates RW 5 (Fachreferat Wasserbewirtschaftung, Hydrologie) be-</p>	<p>gelarten), nach FFH-Richtlinie oder nach Bundesartenschutzgesetz besteht weder verletzt oder getötet noch in ihre Entwicklungsformen geschädigt werden und das keine Nist-, Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätten beschädigt oder zerstört werden.“</p> <p>Die Vorschrift wurde also bereits bei der Erarbeitung des Vorentwurfes des Bebauungsplanes berücksichtigt, indem vorliegendes Material (FNP und Landschaftsplan der Stadt Luckenwalde) ausgewertet und eigene Erhebungen durch Begehung und Biotoptypenkartierung des Plangebietes und seiner Umgebung am 06.05.09 durchgeführt wurden.</p> <p>Die bereits vorgenommenen Auswertungen und Untersuchungen werden in der Begründung (Kap. II Umweltbericht, 2.2 Artenschutz) genauer und nachvollziehbarer als bisher dokumentiert. Die Begründung zum Bebauungsplan wird entsprechend geändert.</p> <p>Der Hinweis hat allgemeine Gültigkeit für alle Bauvorhaben im Land Brandenburg, und ist keine besondere Regelung für den vorliegenden Bebauungsplan. Wegen der Allgemeingültigkeit ist eine Aufnahme des Hinweises in einzelne Bebauungspläne nicht erforderlich.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Stellungnahme des Sachgebietes Naturschutz (untere Naturschutzbehörde) des Landkreises Teltow-Fläming (unter lfd. Nr. 10) verwiesen.</p>

Lfd. Nr.	Behörde, sonst. TÖB	Datum (Eingang)	Inhalt der Stellungnahme	Beschlussvorschlag
			<p>treffend werden folgende Hinweise gegeben:</p> <p>Im Geltungsbereich des Plans befinden sich keine Grund- und Oberflächenwassermessstellen des Landesmessnetzes. Sollten dennoch Pegel (z.B. Grundwasserbeobachtungsrohre) vorhanden sein, wäre eine erneute Anfrage zur Verfahrensweise an das Landesumweltamt Brandenburg, Referat RW 5 (Frau Genselin – Tel.-Nr.: 033201/442-442), zu richten.</p> <p>Im betroffenen Gebiet befinden sich keine wasserwirtschaftlichen Anlagen im Zuständigkeitsbereich des Landesumweltamtes Brandenburg.</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Ich bitte das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen. Weiterhin wird um eine Anzeige zum Inkrafttreten des Planes bzw. zur Erteilung der Genehmigung gebeten.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie hat keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie hat keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan.</p> <p>Der Hinweis wird berücksichtigt. Das Landesumweltamt wird gemäß § 4 Abs. 2 BauGB selbstverständlich erneut beteiligt. Anhand des Entwurfes hat das Landesumweltamt dann die Möglichkeit zu prüfen, ob sich die Beurteilungsgrundlagen wesentlich geändert haben, und kann gegebenenfalls eine erneute Stellungnahme abgeben.</p>
3	<p>Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abteilung Bodendenkmalpflege / Archäologisches Landesmuseum</p>	<p>02.09.09 (04.09.09)</p>	<p>Im Bereich des genannten Vorhabens sind bisher keine Bodendenkmale bekannt.</p> <p>Da bei den Arbeiten jedoch unvermutet bisher unbekannte Bodendenkmale entdeckt werden können, weisen wir als brandenburgische Fachbehörde für Bodendenkmale darauf hin, dass nach dem „Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale und Bodendenkmale im Land Brandenburg vom 24.Mai 2004“ (GVBl Land Brandenburg Nr. 9 vom 24. Mai 2004, S. 215 ff) folgende Verpflichtungen bestehen:</p> <p>1 Sollten bei den Erdarbeiten Bodendenkmale, z.B. Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Scherben, Stein- oder Metallgegenstände, Knochen o.ä., entdeckt werden, sind diese unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 u. 2 BbgDSchG) Die aufgefundenen Bodendenkmale und die Entdeckungsstätte sind mindestens bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige, auf Verlangen der Denkmalschutzbehörde ggf. auch darüber hinaus, in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Art und Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie hat keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Der Hinweis hat allgemeine Gültigkeit für alle Bauvorhaben im Land Brandenburg, und ist keine besondere Regelung für den vorliegenden Bebauungsplan. Wegen der Allgemeingültigkeit ist eine Aufnahme des Hinweises in einzelne Bebauungspläne nicht erforderlich.</p>

Lfd. Nr.	Behörde, sonst. TÖB	Datum (Eingang)	Inhalt der Stellungnahme	Beschlussvorschlag
			<p>schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG). 2. Funde sind dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum zu übergeben (§ 11 Abs.4 und § 12 BbgDSchG). Die Bauausführenden sind über diese gesetzlichen Auflagen zu belehren. Die Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Fachbehörde für Bodendenkmale als Träger öffentlicher Belange (§ 17 BbgDSchG).</p> <p>Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause ggf. eine weitere Stellungnahme.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die lfd. Nr. 16 verwiesen.</p>
4	Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH	28.08.09 (02.09.09)	<p>Zu dem o.g. Bauvorhaben gibt es unsererseits keine Einwände, unser Unternehmen ist davon nicht betroffen. Für weitere Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gern zur Verfügung.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie hat keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan.</p>
5	Gemeinsame Landesplanungsabteilung	31.08.09 (01.09.09)	<p>Zu der angezeigten Planungsabsicht teilen wir Ihnen gemäß Art. 12 des Landesplanungsvertrages in der Fassung vom 01 Februar 2008 (GVBl. I S. 42) die Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung und unsere Stellungnahme im Rahmen der frühzeitigen Trägerbeteiligung mit.</p> <p>Planungsabsicht Die Planung umfasst die Erweiterung einer Betriebsstätte zur Zwischenmast von Lämmern.</p> <p>Beurteilung der Planungsabsicht Rechtliche Grundlagen Für die Bewertung der Planungsabsicht ergeben sich die Erfordernisse der Raumordnung im Sinne des § 3 Ziff.1 ROG insbesondere aus: - dem Landesentwicklungsprogramm 2007 vom 18. Dezember 2007 (LEPro 2007) und - dem Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg vom 31. März 2009 (LEP B-B) ergebenden Erfordernisse der Raumordnung herangezogen.</p> <p>Ziele, Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung Die maßgeblichen raumordnerischen Festlegungen für Ihre Planung sind: LEPro § 5 Abs. 2 Vorrang Innen- vor Außenentwicklung § 6 Freiraumentwicklung</p>	

Lfd. Nr.	Behörde, sonst. TÖB	Datum (Eingang)	Inhalt der Stellungnahme	Beschlussvorschlag
			<p>LEP B-B G 1.1 Abs. 4 ländliche Räume Z 2.9 Mittelzentrum Luckenwalde G 4.1 Siedlungsentwicklung innerhalb vorhandener Siedlungsgebiete G 5.1 Freiraum, Multifunktionalität</p> <p>Bewertung Die sich für die o.g. Planung aus dem LEPro (§ 5 und § 6) und dem LEP B-B (G 1.1, Z 2.9, G 4.1, G 5.1) ergebenden Erfordernisse der Raumordnung haben Sie unter Punkt 2.3.1 der Begründung zum Vorentwurf des B-Plans Stand 14.7.2009 korrekt dargestellt. Die Planungsabsicht steht in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Raumordnung zur Siedlungs- und Freiraumentwicklung.</p> <p>Hinweis: Diese Mitteilung gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung Ihrer Planungsanzeige geführt haben, nicht wesentlich geändert werden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie hat keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
6	Landesbetrieb Straßenwesen, Niederlassung Süd	28.08.09 (01.09.09)	<p>Das geplante Gelände wird über eine Stichstraße erschlossen, die am südlichen Ende des Dorfes Frankenfelde von der Dorfstraße abzweigt. Damit berührt das o.g. Vorhaben keine Straße, die in der Baulast des Bundes oder des Landes Brandenburg liegt und vom Landesbetrieb Straßenwesen verwaltet wird. Straßenplanungen des Bundes oder des Landes werden aus heutigem Erkenntnisstand nicht betroffen. Seitens des Landesbetriebes Straßenwesen, Niederlassung Süd, Nebensitz Wünsdorf, bestehen gegen das o. g. Vorhaben keine Bedenken.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie hat keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan.
7	Landesbetrieb Forst Brandenburg - untere Forstbehörde	24.08.09 (28.08.09)	Bezüglich o.g Baumaßnahme teile ich Ihnen mit, dass forstliche Belange nicht betroffen sind. Zu unserer Entlastung senden wir Ihnen die Antragsunterlagen zurück.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie hat keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan.
8	Nuthe Wasser und Abwasser GmbH	20.08.09 (24.08.09)	Zur obigen Planung / Baumaßnahme (Bebauungsplan Nr. 35/2008 „Frankenfelde Süd“, gibt die NUWAB GmbH ihre Zustimmung als Medienträger mit den nachfolgenden Hinweisen. Außerdem stellt die NUWAB GmbH die vorhandenen Bestandsunterlagen zur Verfügung: Auszug aus dem „GIS“ der NUWAB M 1:2000.	

Lfd. Nr.	Behörde, sonst. TÖB	Datum (Eingang)	Inhalt der Stellungnahme	Beschlussvorschlag
			<p>Die NUWAB bittet Sie, die nachfolgenden Hinweise zu beachten: Nach Auskunft unserer Planungsabteilung sind im Beplanungs-/ Bebauungsgebiet seitens der NUWAB GmbH keine Baumaßnahmen vorgesehen.</p> <p>Aus den Festsetzungen des Bebauungsplanes ist nicht zu erkennen, wie eine geordnete, umweltgerechte, Entsorgung der anfallenden Abwässer erfolgen soll. Wir bitten hier um eine detaillierte Aussage.</p> <p>Die ausgereichten Bestandsunterlagen dürfen von Ihnen nur im Planverfahren verwendet werden. Die Übergabe der Bestandsplanauszüge berechtigt den Empfänger nicht zur Weitergabe dieser an Dritte (bauausführende Firmen und sonstige Interessenten), ebenso kann aus der Einsichtnahme oder Übergabe von Bestandsplanauszügen keine Zustimmung der NUWAB GmbH zu geplanten Baumaßnahmen hergeleitet werden.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie hat keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan.</p> <p>Die geordnete und umweltgerechte Entsorgung der anfallenden Abwässer, wie im Übrigen auch die Wasserversorgung, werden durch einen Anschluss an das öffentliche Netz der NUWAB gesichert. Die Kostenübernahme durch den Vorhabenträger soll in einem Erschließungsvertrag zwischen der Stadt Luckenwalde, den Versorgungsunternehmen und dem Investor geregelt werden.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die ausgereichten Bestandsunterlagen werden nur im Planverfahren verwendet. Die NUWAB GmbH wird darauf hingewiesen, dass die Bürger die Stellungnahme im Rahmen der öffentlichen Auslegung einsehen dürfen. Dies ergibt sich aus § 3 Abs. 2 BauGB. Demzufolge sind bei der öffentlichen Auslegung alle umweltbezogenen Stellungnahmen für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.</p>
9	Städtische Betriebswerke Luckenwalde GmbH	19.08.09 (19.08.09)	<p>Die Lage des gekennzeichneten Plangebietes liegt außerhalb des Versorgungsbereiches der Städtische Betriebswerke Luckenwalde GmbH. Es bestehen daher unsererseits keine Einwände bzw. Bedenken gegen dieses Bauvorhaben. Zu unserer Entlastung senden wir Ihnen Ihre Unterlagen zurück.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie hat keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan.</p>
10	Landkreis Teltow-Fläming	14.08.09 (25.08.09)	<p>Mit den o. g. Unterlagen wurde der Landkreis Teltow-Fläming über die Ziele und Zwecke der seitens der Stadt Luckenwalde beabsichtigten Bebauungsplanung Nr. 035/2008 "Frankenfelde-Süd" unterrichtet sowie zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung aufgefordert.</p> <p>Seitens des SG Planung des Amtes für Bauaufsicht, Planung und Denkmalschutz sollten</p>	

Lfd. Nr.	Behörde, sonst. TÖB	Datum (Eingang)	Inhalt der Stellungnahme	Beschlussvorschlag
			<p>die folgenden Anregungen und Hinweise im weiteren Planverfahren Beachtung finden: Begründung</p> <p>Auf der S. 6 ist zum LEP B-B anstatt „... tritt am ...in Kraft“ „...ist am ...in Kraft getreten“ zu formulieren.</p> <p>Auf der S. 7 der Begründung, Pkt. 2.3.3 - Flächennutzungsplan wird dargelegt, dass das geplante Sondergebiet i. S. von § 8 Abs.2 BauGB aus dem Flächennutzungsplan entwickelt ist. Dies wird auf S. 18 damit begründet, dass die beabsichtigten Festsetzungen des BP und das Vorhaben selbst in unmittelbarem thematischen Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Nutzung stehen und zur Bestandssicherung und Festigung des landwirtschaftlichen Betriebes beitragen. Zudem sei die als Sondergebiet vorgesehene Fläche mit 0,6 ha sehr klein, so dass die gewerbliche Nutzung gegenüber der landwirtschaftlichen Nutzung von untergeordneter Bedeutung ist.</p> <p>Hierzu wird mitgeteilt, dass die Größe des beabsichtigen Sondergebiets nicht die entscheidende Rolle spielt. Wichtig für die Abgrenzung der Wirtschaftsstellen landwirtschaftlicher Betriebe (Hofstelle mit Acker- und Weideflächen) gegenüber gewerblichen Betrieben sind vielmehr folgende Kriterien: Ein landwirtschaftlicher Betrieb, der zum Beispiel im Zuge von Spezialisierung und Veredelungswirtschaft zwecks Intensivierung seiner Bewirtschaftung Gebäude der Wirtschaftsstelle zur (Auf-)Zucht und/oder Intensivhaltung von Tieren nutzt, bleibt ein landwirtschaftlicher Betrieb, wenn er in der Lage ist, das Futter unmittelbar durch Bodenertragsnutzung und mittelbar durch Güteraustausch i. S. einer sinnvollen Bodenbewirtschaftung zu beschaffen (Fickert/Fieseler - Kommentar zur Bau-nutzungsverordnung (BauNVO), 10. Auflage, zu § 5 Abs. 2, Rn. 8). Für die städtebau-rechtliche Frage, wann eine landwirtschaftliche Nutztierhaltung in eine bodenunabhängige gewerbliche Veredelungswirtschaft umschlägt, kommt es auf das Verhältnis von land-wirtschaftlich bewirtschafteter Fläche zu den Nutztierzahlen an (a.a.O., Rn. 8.2). Wendet man dies auf die beabsichtigte Planung an, muss die vorgesehene Art der baulichen Nut-zung überwiegend landwirtschaftlicher Natur sein und im Ergebnis dem landwirtschaftlichen Betrieb (hier der OR-PA GmbH) dienen. Der S. 4 der Begründung ist zu entnehmen, dass es dem beabsichtigten Schlachtbetrieb neben der eigenen Schlachtung ermöglicht werden soll, auch Tiere aus anderen Mastbetrieben zu schlachten. Daher sei das im Zuge der Planung beabsichtigte Vorhaben als ein gewerbliches einzustufen. Darüber hinaus ist der Begründung auf S. 4 zufolge ferner vorgesehen, die landwirtschaftliche Lämmer-mast und das gewerbliche Vorhaben der Lämmerschlagung räumlich durch Einfriedung</p>	<p>Der Hinweis wird berücksichtigt. Die Begründung wird entsprechend geändert.</p> <p>Für die Feststellung, ob sich die Festsetzungen des Bebauungsplanes aus dem Flächennutzungsplan entwickeln lassen, ist es nicht erheblich, ob es sich bei der vorgesehenen Nutzung um eine gewerbliche Nutzung oder um eine landwirtschaftliche Nutzung handelt. Selbstverständlich handelt es sich bei der beabsichtigten Nutzung um eine gewerbliche Nutzung. Dies wurde in der Begründung auch bereits so dargelegt.</p> <p>Der Landkreis hat recht mit der Auffassung, dass die Größe des Vorhabens nicht die entscheidende Rolle spielt. Es spielt aber eine wesentliche Rolle. Wesentlich ist aber insbesondere, dass die beab-sichtigte Nutzung sich mit den Grundzügen der Planung des Flächennutzungsplanes vereinbaren lässt. Das bedeutet, dass eine geordnete städte-bauliche Entwicklung entsprechend den Darstel-lungen des Flächennutzungsplanes gewährleistet sein muss. Die geordnete städtebauliche Entwick-lung wird dadurch gewährleistet, dass der Bebau-ungsplan – wie in der Stellungnahme richtig zitiert – nur im unmittelbarem thematischen Zusam-menhang mit der Landwirtschaft stehende Nut-zungen zulässt und keine Bebauung erlaubt, wel-che die vorhandene bauliche landwirtschaftliche Gebäudestruktur verändert.</p> <p>Die Entwicklung einer Baufläche aus einer als Freifläche (hier: landwirtschaftliche Fläche) dar-</p>

Lfd. Nr.	Behörde, sonst. TÖB	Datum (Eingang)	Inhalt der Stellungnahme	Beschlussvorschlag
			<p>voneinander zu trennen. Die Begründung ist hier teilweise widersprüchlich zu deuten und lässt einige Fragen offen, die den räumlich-funktionalen Zusammenhang des Vorhabens mit der Landwirtschaft nicht zweifelsfrei belegen. Das heißt, dass das Vorhaben und die beabsichtigte Nutzung dem landwirtschaftlichen Betrieb dienen müssen. Angaben in der Begründung zu Nutztierzahlen, zu Anteilen von Eigen- und Fremdschlachtung sowie zur Größe der von der OR-PA GmbH bewirtschafteten landwirtschaftlichen Fläche wären hier hilfreich.</p> <p>Soweit die Planung einem landwirtschaftlichen Betrieb dient und keine rein gewerbliche Nutzung verfestigt sowie der Anteil an beabsichtigter Fremdschlachtung nicht überwiegt, bestehen gegen die Festsetzung des Sondergebietes mit der Zweckbestimmung 'Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse' keine Bedenken. Anderenfalls sollte erwogen werden, ein Gewerbegebiet i. S. von § 8 Abs. 2 BauNVO festzusetzen. Die auf der S. 19 der Begründung geführte Argumentation zur alternativen Festsetzung eines Gewerbegebietes ist nicht schlüssig nachvollziehbar. Die Festsetzung eines Gewerbegebietes erfordert dem Entwicklungsgebot des § 8 Abs. 2 BauGB folgend eine Änderung des Flächennutzungsplanes.</p>	<p>gestellten Fläche wird in der bewährten bauleitplanerischen Praxis als möglich angesehen, wenn es sich um eine funktionale Ergänzungsnutzung zu einer vorhandenen baulichen Anlage handelt und die Funktion der Grün- und Freiflächen gewahrt bleibt. Auch diese Voraussetzung liegt vor. Grün- und Freiflächen werden nicht zusätzlich in Anspruch genommen. Es handelt sich nicht um eine funktionale Ergänzungsnutzung „zu“ einer baulichen Anlage, sondern um eine funktionale Ergänzungsnutzung „in“ einer baulichen Anlage.</p> <p>Die Notwendigkeit der Einfriedung ergibt sich aus hygienischen Anforderungen. Nach Angaben des Amtes für Gesundheit und Verbraucherschutz des Landkreises Teltow-Fläming, sind die Bereiche Schlachtung und Tierhaltung grundsätzlich durch Zaun, besser Wand/Mauer voneinander zu trennen. Die Einfriedung kann daher nicht als Hinweis für eine fehlende funktionelle Verbindung zwischen dem Vorhaben und der Lämmermast gesehen werden.</p> <p>Das Vorhaben ist aufgrund der beabsichtigten Fremdschlachtungen gewerblicher Natur. Die planungsrechtliche Zulässigkeit kann nur durch einen Bebauungsplan hergestellt werden, weil die beabsichtigte Nutzung nicht nach § 35 BauGB zulässig ist. Für den Bebauungsplan bieten sich grundsätzlich zwei Baugebietstypen im Sinne der BauNVO an – das Gewerbegebiet und das Sondergebiet.</p> <p>In einem Gewerbegebiet wären gemäß § 8 Abs. 2 BauNVO grundsätzlich Gewerbebetriebe aller Art zulässig. Die Zulässigkeit von Gewerbebetrieben aller Art entspricht an dieser Stelle des Gemeindegebietes nicht den städtebaulichen Entwick-</p>

Lfd. Nr.	Behörde, sonst. TÖB	Datum (Eingang)	Inhalt der Stellungnahme	Beschlussvorschlag
			<p>Für die inhaltliche Gestaltung der Begründung wird der Übersicht halber empfohlen, dem Part I. - Planungsgegenstand -, den Part - Planinhalt - folgen zu lassen. Der Umweltbericht sollte daran anschließen.</p>	<p>lungsabsichten der Stadt Luckenwalde. Zum einen will die Stadt, als Trägerin der Planungshoheit, durch den Bebauungsplan insbesondere das Branchenkompetenzfeld Ernährungswirtschaft stärken. Zum anderen, soll durch die Beschränkung der zulässigen Art der Nutzung auf Betriebe zur Be- und Verarbeitung und Sammlung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, der bestehenden Prägung und dem Charakter der dörflichen Umgebung des Vorhabens entsprochen werden. Grundsätzlich ist es zwar nach § 1 Abs. 5 BauNVO möglich bestimmte Arten von Nutzungen, die in einem Gewerbegebiet allgemein zulässig sind, auszuschließen. Dies gilt aber nur solange die allgemeine Zweckbestimmung des Baugebiets gewahrt bleibt. Durch die Einschränkung der Nutzungsart ausschließlich auf Wirtschaftsstellen landwirtschaftlicher Betriebe und Betriebe die der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse dienen, wäre die allgemeine Zweckbestimmung eines Gewerbegebietes nicht mehr gewahrt.</p> <p>Darüberhinaus kombiniert die Festsetzung zur Art der baulichen Nutzung Formulierungen aus zwei Baugebietstypen der BauNVO (im Vorentwurf § 5 Abs. 2 Nr. 4 und § 8 Abs. 1 BauNVO, im Entwurf § 5 Abs. 2 Nr. 4 und § 6 Abs. 1 BauNVO). Die Kombination der zulässigen Nutzungsart aus Nutzungsarten verschiedener Baugebietstypen rechtfertigt klar die Festsetzung als Sondergebiet, denn das Gebiet entspricht eben nicht einem vordefinierten Baugebiet der §§ 2-10 BauNVO.</p> <p>Der Aufbau der Begründung folgt einer standardisierten und praxiserprobten Vorlage der Stadt Luckenwalde und wird beibehalten. Da im Umweltbericht die Ergebnisse der Umweltprüfung</p>

Lfd. Nr.	Behörde, sonst. TÖB	Datum (Eingang)	Inhalt der Stellungnahme	Beschlussvorschlag
			<p>Textliche Festsetzungen/Hinweise Bei der unter Nr. 4.3 getroffenen Festsetzung (Aufnahme örtlicher Bauvorschriften) müsste es § 81 Abs. 1 Nr. 3 und nicht Nr. 2 BbgBO heißen.</p> <p>Der auf der Planzeichnung gegebene Hinweis, dass die Zulässigkeit störender Nutzungen und Anlagen im Einzelfall unter dem Vorbehalt der immissionsschutzrechtlichen Prüfung im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens steht und nur solche Anlage genehmigungsfähig sind, die das Wohnen in der Dorflage Frankenfelde nicht in unzumutbarer Weise beeinträchtigen, ist zu streichen. Besteht seitens der Gemeinde ein immissionsschutzrechtlicher Regelungsbedarf, ist dieser entsprechend festzusetzen. Mögliche Konflikte sind auf der Ebene des B-Planes auszuräumen und können nicht in das spätere Baugenehmigungsverfahren verschoben werden. Dies widerspricht dem Abwägungsgebot nach § 1 Abs. 7 BauGB.</p> <p>Der Hinweis zur tatsächlichen Geländehöhe ist entbehrlich. Er sollte gestrichen werden, da er keinerlei Relevanz entfaltet. Die Höhe der baulichen Anlagen innerhalb des Baufensters wurde als Höchstmaß (OK in m ü. NHN) festgesetzt.</p> <p>Der Hinweis zu den Beleuchtungseinrichtungen ist nachvollziehbar. Da dieser sehr bestimmend formuliert ist, ist anzunehmen, dass es seitens der Gemeinde diesbezüglichen Regelungsbedarf gibt. Allerdings entfaltet der Hinweis in dieser Form keinerlei rechtliche Bedeutung. Entsprechende Regelungen sollten besser in einem städtebaulichen Vertrag</p>	<p>und damit verbundener Fachgutachten dargelegt werden, die eine wichtige Entscheidungsgrundlage für die grundsätzliche Abwägungsüberlegungen und damit für den Planinhalt darstellen, wird der Umweltbericht vor der Begründung des Planinhaltes angeordnet.</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt. Die Planzeichnung wird entsprechend geändert.</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt. Dem immissionsschutzrechtlichen Regelungsbedarf wird insofern Rechnung getragen, als das im Bebauungsplan die Festsetzung zur zulässigen Art der baulichen Nutzung geändert wird. Laut Vorentwurf waren in Anlehnung an den § 8 BauNVO (Gewerbegebiete) nicht erheblich belästigende Betriebe zulässig. Im Entwurf wird eine Formulierung benutzt, die sich an der Regelung des § 6 BauNVO (Mischgebiete) anlehnt und damit einen höheren Schutzstatus verdeutlicht. Danach sind nur noch solche Betriebe zulässig, die das Wohnen nicht wesentlich stören. Damit wird gewährleistet, dass nur Mischgebietstypische, also wohnverträgliche Betriebe zulässig sind. Der Hinweis ist damit obsolet und wird gestrichen.</p> <p>Der Stellungnahme wird zugestimmt. Der Hinweis zur Geländehöhe ist überflüssig, da die tatsächliche Geländehöhe dem Planbild zu entnehmen ist. Er wird gestrichen.</p> <p>Der Stellungnahme wird zugestimmt. Einzelheiten zur Beleuchtung werden im städtebaulichen Vertrag geregelt. Der Hinweis wird dahingehend ergänzt.</p>

Lfd. Nr.	Behörde, sonst. TÖB	Datum (Eingang)	Inhalt der Stellungnahme	Beschlussvorschlag
			<p>vereinbart werden.</p> <p>Planzeichnung/Legende In der Planzeichnung wurde als Maß der baulichen Nutzung eine GRZ von 0,5 festgesetzt. in der Legende steht 0,6. Dies ist sicher nur beispielhaft gemeint, sollte aber zur Vermeidung von Missverständnissen korrigiert werden.</p> <p>Bei den Verfahrensvermerken wird auf einen Schreibfehler aufmerksam gemacht. Unter dem Katastervermerk heißt es „Belzig den ...“.</p> <p>Gegen das in der Planungsanzeige ausgewiesene Vorhaben bestehen seitens des SGs Naturschutz des Amtes für Landwirtschaft und Umwelt (hier: untere Naturschutzbehörde - UNB) keine Bedenken. Ein über die getroffenen Aussagen des Vorhabenträgers hinausgehender, entscheidungserheblicher Untersuchungs- und Informationsbedarf besteht nicht.</p> <p>Auf Folgendes wird jedoch hingewiesen: 1. Unterlagen, wie Landschaftsrahmenpläne, Landschaftspläne, Biotopkartierungen (§ 32 BbgNatSchG - Biotope), Schutzgebietsgrenzen, Naturdenkmale, FFH-Gebiete u. Ä. können in der UNB eingesehen werden bzw. es besteht auch die Möglichkeit, einen Teil der Daten per JPEG-Datei zur Verfügung zu stellen.</p>	<p>Der Hinweis wird berücksichtigt. Die GRZ Angabe in der Legende wird auf 0,5 geändert.</p> <p>Im Katastervermerk heißt es richtigerweise „Belzig, (Komma) den ...“. Ein Schreibfehler ist hier nicht zu erkennen. Der Hinweis wird nicht berücksichtigt.</p> <p>Die Stellungnahme wird zu Kenntnis genommen. Sie hat keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Für die Erstellung des Umweltberichtes in der Begründung des Vorentwurfes wurden bereits relevante Materialien ausgewertet. Es wird angemerkt, dass die frühzeitige Beteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB insbesondere auch dazu dient, den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung von den Fachbehörden abzufragen. Darüber hinaus hat die Stadt im Anschreiben zur frühzeitigen Behördenbeteiligung dazu aufgefordert, alle Informationen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials zweckdienlich sind, der Gemeinde zur Verfügung zu stellen.</p> <p>Es obliegt der Fachbehörde, zu prüfen, ob die ihnen vorliegenden Informationen für das Planverfahren relevant sind, diese konkret zu benennen und – sofern sie der Gemeinde nicht bereits</p>

Lfd. Nr.	Behörde, sonst. TÖB	Datum (Eingang)	Inhalt der Stellungnahme	Beschlussvorschlag
			<p>2. Für die Erschließung der Halle sollte vorrangig der vorhandene Weg genutzt werden (Minderungsmaßnahme). Der Gehölzbestand am öffentlichen Weg ist zu erhalten.</p> <p>3. Bei geplanten Umbauten in der Halle sind die Verbote des besonderen Artenschutzes zu beachten. Gemäß § 42 Abs. 1 BNatSchG ist es verboten, Fortpflanzungs- und Ruhestätten besonders geschützter Arten zu zerstören oder zu beschädigen. Dies kann bei</p>	<p>vorliegen - diese der Gemeinde zur Verfügung zu stellen. Mit einem lapidaren Hinweis auf möglicherweise vorhandene relevante Unterlagen erfüllt die Fachbehörde nicht die ihr durch das BauGB zugewiesene Aufgabe. Es kann von der Gemeinde nicht verlangt werden, dass sie die Aufgabe der Fachbehörde übernimmt, die dort vorhandenen Unterlagen zu sichten und die relevanten Informationen heraus zu filtern Nichtsdestotrotz sind – wie aus dem Vorentwurf der Begründung ersichtlich – selbstverständlich die bekannten Unterlagen wie Landschaftsplan der Stadt Luckenwalde, Landschaftsrahmenplan, Denkmallisten, Schutzgebietsgrenzen bereits berücksichtigt worden.</p> <p>Der Hinweis wird berücksichtigt. Die Begründung zum Vorentwurf wird in Punkt 2.5 (Seite 15), in dem die Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen benannt werden, entsprechend angepasst. Der Bebauungsplan setzt südlich des öffentlichen Weges Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern fest. Die Flächen sichern bestehende Pflanzungen die im Rahmen des L 80 Neubaus als Ausgleichsmaßnahme umgesetzt wurden. Darüber hinaus und unabhängig von dem Bebauungsplan sind für den Schutz von Pflanzen die Regelungen des Brandenburgische Naturschutzgesetz und die Brandenburgische Baumschutzverordnung anzuwenden.</p> <p>Die Begründung zum Vorentwurf enthält auf S. 13 folgenden Passage: „Aufgrund der vorliegenden Daten und der Untersuchungen vor Ort wird</p>

Lfd. Nr.	Behörde, sonst. TÖB	Datum (Eingang)	Inhalt der Stellungnahme	Beschlussvorschlag
			<p>Abrissmaßnahmen gebäudebrütender Vogelarten wie Haussperling, Mehl- und Rauchschwalbe, Mauersegler, Schieiereule, Turmfalke und Dohle betreffen sowie Fledermausarten, die in Gebäuden ihre Wochenstuben bilden oder dort überwintern. Vor Beginn der Umbauarbeiten sind die Gebäude auf diese Arten zu kontrollieren und ggf. geeignete Maßnahmen zum Schutz oder Ersatz der Lebensstätten zu treffen.</p> <p>Das SG Wasser und Abfall des Amtes für Landwirtschaft und Umwelt (hier: untere Wasserbehörde UWB) informiert darüber, dass der Geltungsbereich des beabsichtigten BPs aufgrund der bisherigen Nutzung nicht an ein zentrales Trink- bzw. Abwassernetz angeschlossen ist. Durch die Errichtung eines Schlachtbetriebes erhöht sich der Trink- und Abwasseranfall enorm und ist mit der bisherigen Nutzung nicht mehr vergleichbar. Zum Schutz des Grundwassers ist die geordnete und schadlose Abwasserbeseitigung eine Grundvoraussetzung für das gesamte Plangebiet. Gemäß S 66 Abs. 1 BbgWG hat die Gemeinde oder der zur Abwasserbeseitigung Verpflichtete mit dem Abwasserbeseitigungskonzept den Nachweis zu erbringen, dass dieses Gebiet technisch und unter Berücksichtigung ökonomischer Gesichtspunkte erschlossen werden und die Ableitung der Abwässer über eine entsprechende Kläranlage erfolgen kann. Hingewiesen wird darauf, dass die Trinkwasserversorgung momentan über einen vorhandenen Brunnen vom Nachbargrundstück erfolgt. Erlaubnisinhaber der wasserrechtlichen Erlaubnis mit der Reg.-Nr. WV-Ni-Fc-1/1 ist nicht die OR-PA GmbH sondern die Tier- und Pflanzenproduktion Felgentreu GmbH. Die Entnahmemenge ist auf 69 m³/d begrenzt. Im weiteren Verfahren (spätestens im Baugenehmigungsverfahren) ist abzuklären, ob die Wasserversorgung über den vorhandenen Brunnen weiterhin abgesichert werden kann. Diesbezüglich sind vertragliche Regelungen zwischen der OR-PA GmbH und dem Erlaubnisinhaber notwendig und der UWB vorzulegen. Die Erhöhung der Entnahmemenge</p>	<p>eingeschätzt, dass Tiere und Pflanzen der Arten, für die ein Schutz nach BNatSchG (hierzu zählen alle in Brandenburg vorkommende europäischen Vogelarten), nach FFH-Richtlinie oder nach Bundesartenschutzgesetz besteht weder verletzt oder getötet noch in ihre Entwicklungsformen geschädigt werden und das keine Nist-, Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätten beschädigt oder zerstört werden.“ Mit den vorliegenden Daten und Untersuchungen vor Ort sind konkret der Landschaftsplan und der Flächennutzungsplan der Stadt Luckenwalde, die Biotoptypenkartierung im Rahmen der bereits für den Vorentwurf durchgeführten Umweltprüfung und die Begehung der Flächen zur Feststellung besonderer Lebensräume von Vogelarten und Fledermäuse jeweils am 06.05.09 gemeint.</p> <p>Die Abwasserent- und die Wasserversorgung werden durch den Anschluss an das öffentliche Netz der NUWAB sichergestellt. Die Kostenübernahme durch den Vorhabenträger soll in einem Erschließungsvertrag zwischen der Stadt Luckenwalde, den Versorgungsunternehmen und dem Investor geregelt werden.</p>

Lfd. Nr.	Behörde, sonst. TÖB	Datum (Eingang)	Inhalt der Stellungnahme	Beschlussvorschlag
			<p>wäre dann bei der UWB durch den Erlaubnisinhaber zu beantragen.</p> <p>Darüber hinaus bittet das SG Wasser und Abfall (hier: untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde) um Berücksichtigung der Empfehlungen des Hinweisblattes „Planungsvorhaben“ vom 22.Mai 2007. Das benannte Merkblatt ist auf der Internetseite des Landkreises Teltow-Fläming www.teltow-flaeming.de unter der Rubrik Merkblätter - Amt für Landwirtschaft und Umwelt abrufbar.</p> <p>Das SG Denkmalschutz des Amtes für Bauaufsicht, Planung und Denkmalschutz (hier: untere Denkmalschutzbehörde - UDB) teilt mit, dass in dem Bereich des BP bisher keine archäologischen Funde bekannt sind. Aus diesem Grund bestehen seitens der UDB keine Bedenken gegen Erdarbeiten.</p> <p>Auf folgende denkmalrechtliche Belange wird verwiesen: Sollten bei den Erdarbeiten Bodendenkmale wie Steinsetzungen, Mauerwerk, Tonscherben, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Metallgegenstände, Knochen u. Ä., entdeckt werden, sind diese gemäß § 11 Abs. 1 und 2 BbgDSchG unverzüglich der unteren Denkmalschutzbehörde (Tel.: 03371 608-3607) oder dem Archäologischen Landesmuseum (Tel.: 033702 715-20/21) anzuzeigen. Die entdeckten Bodendenkmale und die Entdeckungsstätte sind für mindestens fünf</p>	<p>Das Hinweisblatt wurde bei der Planung, soweit relevant, berücksichtigt. Die im Hinweisblatt enthaltenen Informationen für den Planungsträger beziehen sich auf die Gestaltung der Straßen und Wege, Behälterstandplätze und Abstände zu Deponien und Altablagerungen. Die hier enthaltenen Informationen für den zukünftigen Bauherren haben für das Bauleitplanverfahren keine Relevanz. Der Investor wurde aber über das Hinweisblatt informiert.</p> <p>Unabhängig davon, wird noch einmal darauf hingewiesen, dass es der Fachbehörde obliegt, zu prüfen, ob die ihnen vorliegenden Informationen für das Planverfahren relevant sind, diese konkret zu benennen und – sofern sie der Gemeinde nicht bereits vorliegen - diese der Gemeinde zur Verfügung zu stellen. Mit einem lapidaren Hinweis auf möglicherweise vorhandene relevante Unterlagen erfüllt die Fachbehörde nicht die ihr durch das BauGB zugewiesene Aufgabe.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie hat keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Da auch diese allgemeingültig sind, besteht keine Erfordernis sie in den Bebauungsplan aufzunehmen.</p>

Lfd. Nr.	Behörde, sonst. TÖB	Datum (Eingang)	Inhalt der Stellungnahme	Beschlussvorschlag
			<p>Werkzeuge in unverändertem Zustand zu erhalten (S 11 Abs. 3 BbgDSchG). Bodenfunde sind ablieferungspflichtig (§ 11 Abs. 3 u. 4 sowie § 12 BbgDSchG).</p> <p>Aus der Sicht des SGs Gesundheit des Amtes für Gesundheit und Verbraucherschutz bestehen zum Vorentwurf des BP keine Einwände, wenn die definierten Anforderungen der TA Lärm und Luft eingehalten werden.</p> <p>Aufgrund der Darlegungen in den Unterlagen sind Geruchsbelästigungen nicht gänzlich auszuschließen. Die Erarbeitung eines Geruchsgutachtens wird empfohlen. Anderenfalls ist in der Begründung nachzuweisen, dass aufgrund der technischen Ausführung der Anlage Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden können.</p> <p>Das SG Ordnung und Sicherheit des Amtes für Ordnung, Brand- und Katastrophenschutz teilt nach Prüfung des Vorentwurfes mit, dass aus ordnungsrechtlicher Sicht bei vorzunehmenden Erdarbeiten vom Vorhabenträger vorsorglich folgende Hinweise berücksichtigt werden sollten.</p> <p>Das genannte Vorhabengebiet befindet sich auf dem Gebiet einer ehemaligen Kriegsstätte im Sinne der ordnungsbehördlichen Verordnung zum Schutz von Kriegsstätten in Verbindung mit der ordnungsbehördlichen Verordnung zur Bestimmung eines räumlich umgrenzten Gebietes im Landkreis Teltow-Fläming zur Kriegsstätte.</p> <p>Es ist nicht auszuschließen, dass bei Erdarbeiten Gebeine von Kriegstoten des II. Welt-</p>	<p>Wie oben bereits gesagt, gehen, der Vorhabensbeschreibung zufolge, die Grundlage des Planverfahrens war, von dem Schlachtbetrieb keine zusätzlichen Emissionen aus. (Vorhabensbeschreibung 2006: „Eine zusätzliche Belastung des Umfeldes der Anlage durch die Schlachtung in irgendeiner Art und Weise (z.B. Geruch, Lärm etc.) ist ausgeschlossen, weil die Anlage nach den neuesten EU-Normen und Richtlinien gebaut und dann zertifiziert wird.“) Dies ist die Vorgabe für das weitere Verfahren. Um dies noch eindeutiger planungsrechtlich zu verankern wird, wie ebenfalls bereits weiter oben ausgeführt, die Festsetzung zur zulässigen Art der baulichen Nutzung geändert. Die überarbeitete Formulierung lehnt sich nicht mehr an die Formulierung des § 8 BauNVO zu Gewerbegebieten, sondern an die Regelung des § 6 BauNVO (Mischgebiet) an und verdeutlicht damit einen höheren Schutzstatus. Zulässig sind damit nur noch solche Betriebe, die das Wohnen nicht wesentlich stören. Damit wird gewährleistet, dass nur mischgebiets-typische, also wohnverträgliche Betriebe zulässig sind.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Er hat allgemeine Gültigkeit für alle Bauvorhaben auf dem Gebiet ehemaliger Kriegsstätten im Land Brandenburg und ist keine besondere Regelung für den vorliegenden Bebauungsplan. Wegen der Allgemeingültigkeit ist eine Aufnahme des Hinweises in einzelne Bebauungspläne nicht erforderlich.</p>

Lfd. Nr.	Behörde, sonst. TÖB	Datum (Eingang)	Inhalt der Stellungnahme	Beschlussvorschlag
			<p>krieges, die ihre letzte Ruhestätte in nicht bekannt gewordenen Feldgräbern fanden und deshalb bisher nicht umgebettet werden konnten, zu Tage treten. Zuständige Behörden für die Feststellung und Erhaltung solcher Gräber sind nach § 5 Gräbergesetz in Verbindung § 5 Abs. 1 GräbG-AGBbg die kreisfreien Städte, Ämter und amtsfreien Gemeinden. Bei Gebeinfunden ist die Arbeit sofort zu unterbrechen, die Polizei ist zu informieren. Wenn es sich um Gebeine von Kriegstoten handelt, wird die zuständige Ordnungsbehörde benachrichtigt, die dann die weiteren Veranlassungen zu treffen hat. Die Fundstelle ist zu sichern. Es ist untersagt, Gegenstände jeglicher Art zu entfernen, die der Identifizierung der Toten dienen können. Die Fortführung der Arbeiten ist erst nach Abschluss der Bergungsarbeiten gestattet.</p> <p>Seitens des SGs Verkehr des Amtes für Straßenverkehr, Kommunalaufsicht und Rechnungsprüfung (hier: Straßenverkehrsamt) bestehen aus verkehrsrechtlicher Sicht zur vorliegenden Planung keine Einwände. Die Straßenverkehrsbehörde ist in die weitere Ausführungsplanung einzubeziehen, um nötige Beschilderungen und Markierungen gemäß StVO - insbesondere an der Zufahrt - nach Umsetzung des Vorhabens abstimmen zu können. Vor Beginn von Bauarbeiten, die sich auf den öffentlichen Verkehrsraum auswirken, ist zur Absicherung der Baustelle rechtzeitig ein Antrag bei der Straßenverkehrsbehörde einzureichen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie hat keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, betreffen das Bauleitplanverfahren aber nicht.</p>
11	Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming	07.08.09 (10.08.09)	<p>1. Formale Hinweise Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ist nach § 4 Absatz 1 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) vom 13. Mai 1993 (GVBl. IS. 170), in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 2002 (GVBl. I 2003 S. 2), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Juni 2006 (GVBl. S. 96), unter Berücksichtigung des Artikel 3 des Gesetzes zu dem Zweiten Staatsvertrag über die Änderung des Landesplanungsvertrages und zur Änderung des Brandenburgischen Landesplanungsgesetzes sowie des Gesetzes zur Einführung der Regionalplanung und der Braunkohlen- und Sanierungsplanung im Land Brandenburg vom 15. März 2001 (GVBl. I S. 42, in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 2002 GVBl. I/03 S. 2), Träger der Regionalplanung in der Region Havelland-Fläming. Ihr obliegt die Aufstellung, Fortschreibung, Änderung und Ergänzung des Regionalplans als übergeordnete und zusammenfassende Landesplanung im Gebiet der Region. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) für das Land Brandenburg hat mit Beschluss vom</p>	

Lfd. Nr.	Behörde, sonst. TÖB	Datum (Eingang)	Inhalt der Stellungnahme	Beschlussvorschlag
			<p>09.10.2002 den Regionalplan Havelland-Fläming vom 18. Dezember 1997 für nichtig erklärt (3D 81/00.NE). Mit Urteil von 25.10.2007 (Az.: OVG 10 A 2.06), zugestellt am 12.11.2007, hat das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg den Regionalplan Havelland-Fläming Sachlicher Teilplan "Windenergienutzung" vom 2. September 2004 (Amtsblatt für Brandenburg, S. 318 ff.) für unwirksam erklärt. Der Regionalplan Havelland-Fläming Sachlicher Teilplan "Windenergienutzung" vom 2. September 2004 wurde im Amtsblatt für Brandenburg vom 30. April 2008 (S. 1127) erneuert und formgerecht bekannt gemacht. Der durch das OVG gerügte Formmangel ist damit geheilt und der Teilplan mit Wirkung vom 01. Mai 2008 in der (materiell unveränderten) Fassung der erneuten Bekanntmachung anzuwenden.</p> <p>2. Regionalplanerische Belange Der Errichtung eines Betriebes zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse am geplanten Standort stehen Belange der Regionalplanung nicht entgegen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie hat keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan.</p>
12	Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH	05.08.09 (12.08.09)	<p>im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationslinien (Tk-Linien) der Deutschen Telekom AG.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie hat keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan.</p>
13	Stadt Luckenwalde, Ordnungsamt Feuerwehr	05.08.09 (10.08.09)	<p>nach Prüfung der vorgelegten Unterlagen sowie Beurteilung der geplanten Nutzung teile ich Ihnen mit, dass aus brandschutztechnischer Sicht grundsätzlich keine Bedenken gegen das Planvorhaben bestehen. Im Rahmen der Beteiligung im Baugenehmigungsverfahren werden die für die Nutzung des Gebäudes erforderlichen brandschutztechnischen Anforderungen festgelegt.</p> <p>Hinweis: Im Textteil Nummer 2.2.3 Technische Infrastruktur und in der Planzeichnung ist ein Unterflurhydrant als Löschwasserentnahmestelle erwähnt bzw. eingezeichnet. Vor Ort ist jedoch ein Flachspiegelbrunnen vorhanden. Der Textteil und die Zeichnung sind entsprechend zu korrigieren.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie hat keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan.</p> <p>Der Hinweis wird berücksichtigt. Die aktuellere Bezeichnung für einen Flachspiegelbrunnen ist laut Aussagen des Vermessers Löschwasser-Sauganschluss. Im Bebauungsplan wird findet diese Bezeichnung Anwendung.</p>
14	Gemeinde Nuthe-Urstromtal	04.08.09 (10.08.09)	<p>der oben genannte Vorentwurf zum Bebauungsplan „Frankenfelde Süd“ wurde inhaltlich zur Kenntnis genommen. In der Gemeinde Nuthe-Urstromtal besteht im Ortsteil Frankenförde, nur 4 km entfernt, eine Schafschlachtung.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie hat keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan.</p>

Lfd. Nr.	Behörde, sonst. TÖB	Datum (Eingang)	Inhalt der Stellungnahme	Beschlussvorschlag
			Die Schaffung einer weiteren Schlachtung im direkten Umfeld wird aber nicht als Eingriff in die gemeindlichen Belange gewertet.	
15	E.ON edis AG	31.07.09 (05.08.09)	<p>hiermit erhalten Sie unsere grundsätzliche Zustimmung zu o. g. Vorhaben.</p> <p>Wir möchten Sie jedoch bitten nachfolgende Hinweise in Ihrer weiteren Planung mit zu berücksichtigen. Straßen und Wege sollten so aufgebaut sein, dass wir im öffentlichen Gelände Trassen für die Verlegung von MS- und NS-Kabeln nutzen können. Eine beidseitige Verlegung der NS-Kabel ist die günstigste Erschließungsvariante. Werden keine Gehwege vorgesehen sind, zwischen Straßenkante und Grundstücksgrenze/Zäune entsprechende Freistreifen vorzusehen. Für eine evtl. notwendige Trafostation benötigen wir eine Grundstücksfläche (ca. 4,0 m x 6,0 m). Der genaue Standort der Station ist zu gegebener Zeit mit uns abzustimmen. Für Stationsstandorte muss die Zugängigkeit für einen LKW-Tieflader und einen Kranwagen gewährleistet sein. Bei der Erstellung des Grünordnungsplanes sind die Vorschriften DIN 18920 und DIN 1998 zu beachten und einzuhalten Bei der Planung von Baumpflanzungen in unmittelbarer Nähe von E.ON edis AG-Leitungstrassen ist eine Abstimmung zwischen Grünplaner und E.ON edis AG, Regionalbereich Teltow-Fläming, Herrn Simon, 03372 / 4236 - 215, zwingend erforderlich</p> <p>Für die bereits im Bebauungsgebiet vorhandene Bebauung ist bereits entsprechender Leitungsbestand vorhanden. Da Energieanlagen nicht überbaut werden dürfen, sind (evtl. Umverlegungsmaßnahmen bzw. Schutzmaßnahmen rechtzeitig mit uns abzustimmen. Dieser Verfahrensweg ist auch dann notwendig, wenn z. Z. unbefestigte Straßen und Gehwege ausgebaut, verändert bzw. befestigt werden sollen. Die Lage unserer Versorgungsleitungen (Baufeldfreimachung) ist rechtzeitig bei unserer Mitarbeiter Herr Musall, 03328 / 340 - 408, zu erfragen.</p> <p>Wir möchten darauf hinweisen, dass wir zum heutigen Zeitpunkt das Vorhaben als Information betrachten, ohne dass von uns Erschließungsmaßnahmen geplant werden. Für die Erschließungsmaßnahmen werden durch E.ON edis AG, auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen, Baukostenzuschüsse erhoben und die entsprechenden An-</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie hat keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, haben aber ebenfalls keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan, da sie die konkrete Ausführungsplanung betreffen.</p>

Lfd. Nr.	Behörde, sonst. TÖB	Datum (Eingang)	Inhalt der Stellungnahme	Beschlussvorschlag
			<p>schlusskosten berechnet. Weitere Einzelheiten sind, unter Vorlage konkreter Bebauungspläne, mit unserem Bereich Netzservice, abzustimmen bzw. die Vorhaben dort rechtzeitig, spätestens jedoch ein Jahr vor Baubeginn, anzumelden.</p> <p>Wir erlauben uns Sie darüber zu informieren, dass E.ON edis AG auch in den Versorgungsbereichen Straßenbeleuchtung, Wasser/Abwasser und Nah- und Fernwärme Erschließungsmaßnahmen realisiert.</p>	
16	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abteilung Denkmalpflege	29.07.09 (05.08.09)	<p>gegen die vorliegende Planung bestehen nach unserem derzeitigen Kenntnisstand keine denkmalpflegerischen Bedenken.</p> <p>Hinweis: Da bei dem Vorhaben Belange der Bodendenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause ggf. eine weitere Stellungnahme. Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, dass die Denkmalliste des Landes Brandenburg fortgeschrieben wird.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie hat keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Zu den Belangen der Bodendenkmalpflege siehe die Stellungnahmen des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum Abteilung Bodendenkmalpflege / Archäologisches Landesmuseum (Lfd. Nr. 3).</p>
17	Landesamt für Arbeitsschutz, Regionalbereich Süd	29.07.09 (31.07.09)	<p>Gegen o. g. Vorhaben bestehen hinsichtlich der Belange des öffentlich-rechtlichen Arbeitnehmerschutzes keine planungsrechtlichen Einwände. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach S 67 BbgBO erfolgt für gewerbliche Vorhaben eine Beteiligung unserer Behörde durch die örtlich zuständige Baubehörde.</p> <p>Im Verfahren der Bauleitplanung werden unsere Aufgabenbereiche noch nicht berührt, so dass eine weitere Beteiligung bzw. die Einsichtnahme in die öffentliche Auslegung im Rahmen der Bauleitplanung nicht erforderlich ist.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie hat keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan.</p> <p>Das Landesamt für Arbeitsschutz wird im weiteren Verfahren nicht mehr beteiligt.</p>
18	WGI GmbH	28.07.09 (30.07.09)	<p>Die WGI GmbH (nachfolgend WGI) genannt, wurde von der Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH & Co. KG (nachfolgend NBB genannt), beauftragt, Ihre Leitungsanfrage zu prüfen und handelt namens und im Auftrag der NBB. Die NBB handelt namens und im Auftrag der GASAG Berliner Gaswerke AG, der EMB Erdgas Mark Brandenburg GmbH, der Stadtwerke Belzig GmbH, der Gasversorgung Zehdenick GmbH und der HSW Havelländische Stadtwerke GmbH.</p> <p>Im Bereich Ihrer geplanten Baumaßnahme liegen keine Anlagen der NBB.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

Lfd. Nr.	Behörde, sonst. TÖB	Datum (Eingang)	Inhalt der Stellungnahme	Beschlussvorschlag
			Aussagen zu Anlagen anderer Versorgungsunternehmen bzw. Netzbetreiber können wir nicht treffen. Hierzu sind gesonderte Auskünfte einzuholen. Sollte der Geltungsbereich Ihrer Auskunftsanfrage verändert werden oder der Arbeitsraum den dargestellten räumlichen Bereich überschreiten, so ist der Vorgang erneut zur Erteilung einer Auskunft der NBB vorzulegen.	Sie hat keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan.
19	Zentraldienst der Polizei, Kampfmittelbeseitigungsdienst	28.07.09 (29.07.09)	die eingehende Prüfung des Kampfmittelbeseitigungsdienstes hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine konkreten Anhaltspunkte auf das Vorhandensein von Kampfmitteln auf der o.g. Fläche ergeben. Es ist deshalb nicht erforderlich, Maßnahmen der Kampfmittlräumung durchzuführen. Sollten bei Erdarbeiten dennoch Kampfmittel gefunden werden, weise ich Sie darauf hin, dass es nach § 3 Absatz 1 Nr.1 der ordnungsbehördlichen Verordnung zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel (Kampfmittelverordnung für das Land Brandenburg - KampfmV) vom 23.11.1998, veröffentlicht im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil II Nr. 30 vom 14.12.1998, verboten ist entdeckte Kampfmittel zu berühren und deren Lage zu verändern. Sie sind verpflichtet diese Fundstelle gemäß § 2 der genannten Verordnung unverzüglich der nächsten örtlichen Ordnungsbehörde oder der Polizei anzuzeigen. Dieses Schreiben ersetzt ein Protokoll über die Absuche der Vorhabenfläche nach Kampfmitteln als Bescheinigung der Kampfmittelfreiheit.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie hat keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, ist aber Allgemeingültig. Es ist daher nicht erforderlich ihn in den Bebauungsplan aufzunehmen bzw. festzusetzen.
20	Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming	23.07.09 (27.07.09)	In Beantwortung Ihres Schreibens vom 13.07.2009 zur Stellungnahme der Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming teilen wir Ihnen folgendes mit: Zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 35/2008 Frankenfelde-Süd" bestehen seitens der Kreishandwerkerschaft keine Einwände. In die weitere Planungs- und Durchführungsphase sollten bei Umsetzung des Vorhabens ortsansässige Gewerke einbezogen werden. Adresslisten der Innungsbetriebe liegen in unserer Geschäftsstelle zur Einsichtnahme aus. Sollten sich weitere Fragen ergeben, stehen wir gern zu Ihrer Verfügung.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie hat keine Auswirkungen auf den Bebauungsplan.